



Antrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Ulrich Leiner, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Kerstin Celina, Dr. Sepp Dürr, Markus Ganserer, Christine Kamm, Dr. Christian Magerl, Jürgen Mistol, Thomas Mütze, Gisela Sengl, Claudia Stamm, Rosi Steinberger, Martin Stümpfig** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Bericht zur Reform des Unterbringungsgesetzes / Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz (PsychKHG)

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, zum nächstmöglichen Zeitpunkt im Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration zum geplanten Vorgehen zur Novellierung des Unterbringungsgesetzes und zum Verfahrensstand zur Einführung eines Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetzes zu berichten.

Dabei ist insbesondere auf die Zukunft der ambulanten Krisenversorgung einzugehen.

Begründung:

Der Fall Mollath hat erhebliche Defizite in der bayerischen Unterbringungspraxis aufgezeigt. In der Fachwelt besteht seit langem ein breiter Konsens darüber, dass die Rechtslage in Bayern verändert und ein Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz eingeführt werden muss. Von der Staatsregierung wurden zuletzt lediglich Änderungen im Unterbringungsgesetz angekündigt.